

*Abstimmung vom 27. November*

## **SVP begründet Nein zum Kredit für Integrationskurse**

### *Integration als Privatsache*

kg. Am 27. November wird im Kanton Zürich über einen Kredit von 6,15 Millionen Franken abgestimmt. Es handelt sich dabei um den Beitrag des Kantons an die Integrationskurse für 15- bis 20-jährige Fremdsprachige. Mit dem Geld sollen die bereits bisher angebotenen Kurse in den Schuljahren 2004/2005, 2005/2006 und 2006/2007 mitfinanziert werden. Am Mittwoch haben Vertreter der SVP begründet, weshalb sie den Stimmberechtigten ein Nein zu dieser Vorlage empfehlen. Die SVP hatte das Behördenreferendum gegen den Kredit ergriffen.

### **«Kultur der Selbstverantwortung»**

Roger Liebi, Gemeinderat und Kandidat fürs Zürcher Stadtpräsidium, betonte, Integration sei keine Staatsaufgabe. Mit Angeboten wie den Integrationskursen verhindere der Staat eine «als selbstverständlich zu bezeichnende Kultur der Selbstverantwortung». Solche Kurse führten dazu, dass die Teilnehmer «unbeweglich und risikoscheu» würden und nicht mehr motiviert seien, mehr zu leisten. Integration sei aber keine Staatsaufgabe, jeder Einzelne habe sich selber darum zu bemühen. Nicht einmal in klassischen Einwanderungsländern wie Kanada, Australien oder den USA könnten Migranten von einer ähnlichen Fülle von staatlichen Angeboten profitieren wie im Kanton Zürich. Auch könne sich der Kanton Zürich einen weiteren «millionenschweren Ausbau des Sozialsystems» nicht leisten.

Der Bülacher Kantons- und Gemeinderat Claudio Schmid wertete den Ruf nach Integrationsmassnahmen als «Ausdruck der Folgen einer seit Jahren betriebenen falschen Ausländer- und Asylpolitik». Früher seien Ausländer in die Schweiz gekommen, um hier zu arbeiten, heute würden sie durch das ausgebaute Sozialsystem angelockt. Es sei bekannt, dass in den Herkunftsländern der Kursteilnehmer die Jugendarbeitslosigkeit viel höher sei, die sozialen Leistungen dagegen viel bescheidener ausfielen. Man könne es deshalb zwar niemandem verübeln, dass er dieser Situation entfliehen wolle, doch sei es nicht Aufgabe der Zürcher Steuerzahler, sämtliche sozialen Unterschiede und Ungerechtigkeiten dieser Welt zu beseitigen.

### **Ein Gratisangebot?**

Emil Manser, Kantonsrat und Kandidat der SVP für das Winterthurer Stadtpräsidium, vermutete, dem Regierungsrat seien die Staatsfinanzen egal – anders sei es nicht zu erklären, dass er Geld ausgeben wolle für etwas, was nicht zu den Kernaufgaben des Kantons gehöre. Zudem gebe es genügend privatwirtschaftliche Angebote für junge Menschen, die sich integrieren wollten. Der Kanton solle dieses private Angebot nicht «mit Gratiskursen untergraben». Der Genauigkeit halber sei allerdings erwähnt, dass die Eltern der Kursteilnehmer oder diese selber 1200 Franken pro Schüler und Schuljahr bezahlen müssen. Dieser Beitrag deckt rund 9 Prozent der Kosten, den Hauptteil übernehmen der Kanton (50 Prozent), der Bund (15 Prozent) und die Gemeinden (26 Prozent).